

Vasily Astrov (wiiw)

Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche Konvergenz geprägt

Die Wirtschaftsentwicklung war in den ostmitteleuropäischen Ländern (MOEL) auch 2003 durch eine weitere Konvergenz geprägt: Einerseits beschleunigte sich das Wachstum in den neuen EU-Ländern, sodass sich das BIP pro Kopf an das Niveau der EU 15 etwas annäherte. Andererseits holten bislang rückständige Länder wie Bulgarien und Rumänien, aber auch Russland und die Ukraine gegenüber den neuen EU-Ländern auf.

Der vorliegende Bericht wurde im Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erstellt. • Begutachtung: Peter Havlik, Josef Pöschl • Wissenschaftliche Assistenz: Beate Muck, Hana Rusková, Monika Schwarzhapfl • E-Mail-Adresse: astrov@wiiw.ac.at

Die ostmitteleuropäischen Länder (MOEL) erzielten im Jahr 2003 trotz der weiterhin schwachen Konjunktur in der EU erneut ein relativ hohes und teils zunehmendes Wirtschaftswachstum. Im Durchschnitt der acht Länder, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind und hier als "neue" EU-Länder bezeichnet werden (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen)¹⁾, war das reale Wachstum mit +3,7% deutlich höher als 2002 (+2,5%) und auch höher als in der EU 15 (Übersicht 1).

Ausschlaggebend dafür war die Wirtschaft Polens, die nach einer Phase der Stagnation wieder expandierte. Seit 2002 zeigt die Quartalsstatistik des BIP einen ununterbrochenen Aufschwung (Abbildung 1). Diese Entwicklung war im Wesentlichen eine Folge des expansiveren Kurses der polnischen Zentralbank, der eine reale Abwertung des Zloty und eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zur Folge hatte. Davon profitierte vor allem die Industrie, deren Output besonders dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist (Industrieproduktion 2003 +6%; Übersicht 2), die Arbeitsproduktivität wies einen deutlichen Aufwärtstrend auf (Abbildung 2).

Merklich beschleunigte sich die Expansion auch in Tschechien, Lettland und Litauen. Lettland und Litauen erzielten innerhalb der Gruppe der neuen EU-Länder die höchsten Wachstumsraten; zugleich ist aber das BIP pro Kopf am niedrigsten, sodass ein erhebliches Aufholpotential besteht. In der Slowakei wuchs die Wirtschaft 2003 neuerlich kräftig (über +4%), vor allem dank des Exportbooms.

Im Gegensatz dazu verlangsamte sich die BIP-Zunahme in Ungarn, Slowenien und Estland etwas. In Ungarn versickerte die durch eine expansive Fiskalpolitik stimulierte zusätzliche Nachfrage weitgehend in Importen. Slowenien, das bislang ein stetiges Wachstum ohne größere makroökonomische Ungleichgewichte verzeichnet hatte, litt möglicherweise an den Folgen seiner langjährigen Abwertungs politik (Industrieproduktion 2003 +1,4%). Diese Politik entlastet kurzfristig die Leistungsbilanz, behindert aber zugleich den Import von Investitionsgütern und schwächt somit die Wettbewerbsfähigkeit in der mittel- und langfristigen Perspektive.

Wirtschaft wächst in den neuen EU-Ländern rascher als in der EU 15

In allen neuen EU-Ländern (mit Ausnahme Lettlands und Litauens) hat das Bruttoinlandsprodukt sein Niveau vor Beginn der Transformation mittlerweile überschritten.

¹⁾ Der vorliegende Bericht geht nicht auf die zwei neuen EU-Länder Zypern und Malta ein, die nicht der Gruppe der MOEL angehören.

Übersicht 1: Prognose für 2004 und 2005

	Bruttoinlandsprodukt, real				Verbraucherpreise ¹⁾				Arbeitslosenquote ²⁾				Leistungsbilanzsaldo			
	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								In %				In % des BIP			
8 neue EU-Länder	+ 2,5	+ 3,7	+ 4,2	+ 4,4	+ 3,2	+ 2,8	+ 4,1	+ 3,4	15,0	14,6	14,7	14,2	- 4,4	- 4,3	- 4,5	- 4,6
Tschechien	+ 2,0	+ 2,9	+ 3	+ 3,5	+ 1,8	+ 0,1	+ 3,5	+ 2	7,3	7,8	8,2	8,2	- 6,0	- 6,5	- 6,5	- 6,5
Ungarn	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,9	+ 5,3	+ 4,7	+ 6,9	+ 5	5,8	5,9	5,9	5,9	- 7,1	- 8,9	- 8,3	- 7,3
Polen	+ 1,4	+ 3,7	+ 4,5	+ 4,5	+ 1,9	+ 0,8	+ 2	+ 3	19,9	19,5	20	19	- 2,7	- 2,0	- 2,5	- 3,0
Slowakei	+ 4,4	+ 4,2	+ 4,5	+ 5	+ 3,3	+ 8,5	+ 8	+ 5	18,5	17,4	16	15	- 8,0	- 0,9	- 1,5	- 2,2
Slowenien	+ 2,9	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 7,5	+ 5,6	+ 4	+ 3,5	6,4	6,7	6,3	6	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4
Estland	+ 6,0	+ 4,7	+ 5,4	+ 5,9	+ 3,6	+ 1,3	+ 3	+ 3	10,3	10,0	10	10	-12,3	-13,7	-11,5	- 9,1
Lettland	+ 6,1	+ 7,4	+ 6,2	+ 6,2	+ 1,9	+ 2,9	+ 4	+ 3,5	12,0	10,6	10	10	- 7,6	- 9,2	-10,1	-10,9
Litauen	+ 6,8	+ 9,0	+ 6,9	+ 6,6	+ 0,3	- 1,2	+ 1	+ 2	13,8	12,4	12	11	- 5,2	- 6,6	- 6,2	- 5,9
EU 15	+ 1,1	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7	7,7	8,0	8,1	7,9	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3
Bulgarien	+ 4,9	+ 4,3	+ 4,5	+ 4	+ 5,8	+ 2,4	+ 5	+ 3	17,8	13,7	14	13	- 5,6	- 8,5	- 7,2	- 6,3
Rumänien	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,5	+22,5	+15,3	+11	+ 8	8,4	8,0	8	7	- 3,4	- 5,8	- 6,6	- 6,2
Kroatien	+ 5,2	+ 4,3	+ 3,2	+ 3,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 2	+ 1,5	14,8	14	14	13,5	- 8,5	- 7,2	- 5,8	- 5,2
Mazedonien	+ 0,9	+ 3,1	+ 4	+ 4	+ 1,4	+ 2,4	+ 3	+ 2	31,9	36,7	36	35	- 9,6	- 6,1	- 5,8	- 5,6
Serbien und Montenegro ³⁾	+ 3,8	+ 2,0	+ 3	+ 4	+16,5	+ 9,4	+ 8	+ 8	13,8	14	15	15	-11,0	- 9,9	-11,5	-11,4
Russland	+ 4,7	+ 7,3	+ 5,0	+ 4,6	+16,0	+13,6	+10	+ 8	8,0	8,5	8	9	+ 8,5	+ 9,0	+ 6,9	+ 5,2
Ukraine	+ 5,2	+ 9,4	+ 7	+ 6,5	+ 0,8	+ 5,2	+ 7	+ 5	10,1	9,1	9	8,5	+ 7,5	+ 5,8	+ 5,1	+ 3,4

Q: 2002 und 2003: nationale Statistiken, EU 15 laut Europäische Kommission, "Spring 2004 Economic Forecasts", Brüssel, 2004; 2004 und 2005: Prognose des wiw, EU 15 und baltische Staaten laut Europäische Kommission, "Spring 2004 Economic Forecasts", Brüssel, 2004. – ¹⁾ Mazedonien: Einzelhandelspreise. – ²⁾ Gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt. – ³⁾ Ohne Kosovo und Metohia.

Übersicht 2: Bruttoindustrieproduktion

	2001	2002	2003	2004	2005	2003	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					1989 = 100	1995 = 100
5 neue EU-Länder ¹⁾	+ 3,2	+ 3,2	+ 5,7	+ 6,6	+ 7,0	125,8	148,8
Tschechien	+ 6,5	+ 4,8	+ 5,8	+ 5,5	+ 6	96,4	130,5
Ungarn	+ 3,6	+ 2,7	+ 6,4	+ 9	+ 10	153,9	190,9
Polen ²⁾	+ 0,6	+ 1,9	+ 6,0	+ 7	+ 7	140,9	150,2
Slowakei	+ 6,9	+ 6,5	+ 5,3	+ 6	+ 7	107,2	140,0
Slowenien	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,4	+ 2	+ 2,5	85,8	119,4
Bulgarien	+ 1,6	+ 0,6	+ 15,3	+ 10	+ 8	60,7	107,5
Rumänien	+ 8,3	+ 4,4	+ 3,1	+ 4	+ 4	57,9	103,5
Kroatien	+ 6,0	+ 5,4	+ 4,1	+ 3,5	+ 3	66,2	133,1
Mazedonien	- 2,9	- 5,3	+ 4,7	+ 5	+ 5	50,9	105,8
Serbien und Montenegro ³⁾	± 0,0	+ 1,7	- 2,7	± 0	+ 2	38,2	103,2
Russland	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,0	+ 5	+ 4	66,5	134,1
Ukraine	+ 14,2	+ 7,0	+ 15,8	+ 8	+ 9	81,1	154,7

Q: Nationale Statistiken; 2003: vorläufige Zahlen, 2004 und 2005: Prognose des wiw. – ¹⁾ Schätzung des wiw. – ²⁾ Umsätze. – ³⁾ Ohne kleine Unternehmen; seit 1999 ohne Kosovo und Metohia.

In allen drei Ländern war die Wachstumsverlangsamung jedoch nicht dramatisch. In Ungarn expandierte die Bruttoindustrieproduktion sogar um 6,4%, begleitet von einem Anstieg der Arbeitsproduktivität.

In den neuen EU-Ländern (mit Ausnahme Lettlands und Litauens) hat das Bruttoinlandsprodukt sein Niveau vor der Transformation mittlerweile überschritten (Übersicht 3). 2003 war das reale BIP in Estland um 4% höher als 1990, in Tschechien um 10%, in der Slowakei um 17%, in Ungarn um 19% und in Slowenien um 30%. In Polen betrug der Vorsprung gegenüber 1989 35%. Trotz der regen Dynamik sind diese Länder aber immer noch wesentlich ärmer als die EU 15: Ihr BIP pro Kopf beträgt nur etwa die Hälfte des Durchschnitts der EU 25. In Slowenien, dem reichsten unter den neuen EU-Ländern, erreicht das Pro-Kopf-Einkommen mit 74% des EU-25-Durchschnitts etwa das Niveau von Portugal, des ärmsten Landes der EU 15. Am niedrigsten ist das BIP pro Kopf in Lettland (42% des EU-25-Durchschnitts).

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

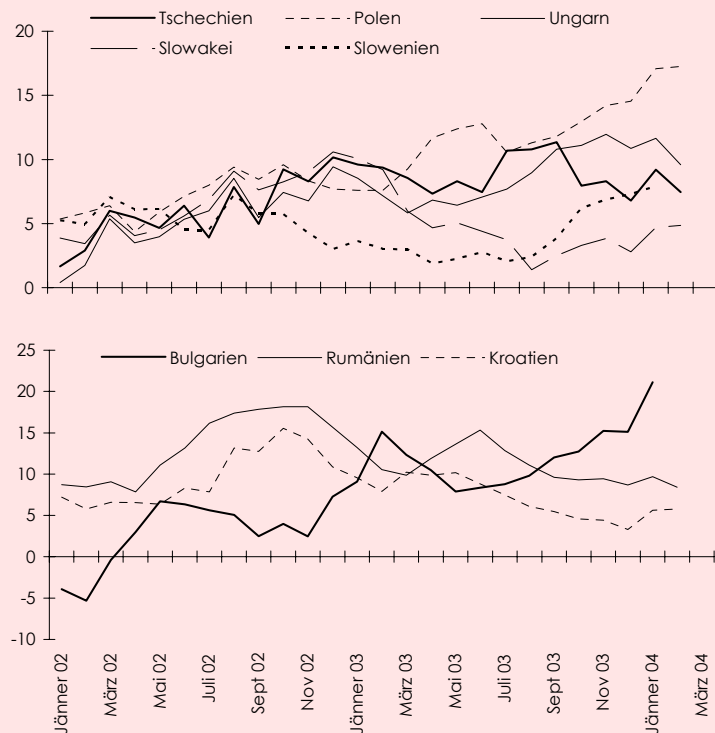
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Nationale Statistiken.

Abbildung 2: Arbeitsproduktivität in der Industrie

Veränderung gegen das Vorjahr in %, gleitender Dreimonatsdurchschnitt



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Weniger entwickelte MOEL holen auf

Die dynamische Entwicklung in den südosteuropäischen EU-Beitrittsländern ist ersten Erfolgen der Umstrukturierung zuzuschreiben, jene in Russland und der Ukraine vor allem der lebhaften Exportkonjunktur.

In den weniger fortgeschrittenen MOEL, die der EU noch nicht beigetreten sind oder keine Beitrittskandidatenländer sind, wächst die Wirtschaft rascher als in den neuen EU-Ländern; dieser Vorsprung ist durch sehr unterschiedliche Faktoren bedingt.

Die südosteuropäischen EU-Beitrittsländer wie Bulgarien, Rumänien und Kroatien²⁾ verzeichneten 2003 Wachstumsraten zwischen 4% und 5%. Das bedeutete gegenüber 2002 eine leichte Verlangsamung, bedingt auch durch eine Dürreperiode in der Landwirtschaft. In Bulgarien entwickelte sich die Industrieproduktion sehr dynamisch, die Arbeitsproduktivität ist wesentlich gestiegen. Die gute Wirtschaftsleistung wird in diesen Ländern weitgehend durch die hohen Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen und die damit verbundene Restrukturierung und Modernisierung getragen. Zugleich steigen die heimischen Investitionen in die Infrastruktur, die verarbeitende Industrie und vermehrt auch in den Dienstleistungssektor (insbesondere im Tourismusbereich). Auch die Annäherung ihrer Institutionenstruktur an die EU-Normen im Laufe der Acquis-Übernahme spielt (mit Ausnahme von Rumänien) eine Rolle.

Übersicht 3: BIP und Preisniveau im internationalen Vergleich

2003

	Zu laufenden Wechselkursen (WK)	Bruttoinlandsprodukt Zu Kaufkraftparitäten (KKP)		Real	Preisniveau Relativ zur EU 15 (KKP/WK)
	Mrd. €		Pro Kopf, EU 25 = 100	1990 = 100	In %
8 neue EU-Länder	420	850	52	130	.
Tschechien	76	149	66	110	51
Ungarn	73	138	61	119	53
Polen	185	396	47	135 ¹⁾	47
Slowakei	29	63	53	117	46
Slowenien	24	33	74	130	73
Estland	7	14	46	104	53
Lettland	9	22	42	79	42
Litauen	16	36	47	88	45
Bulgarien	18	53	30	92	33
Rumänien	50	152	32	98	33
Kroatien	25	45	45	98	56
Mazedonien	4	13	28	91	31
Russland	385	1.129	35	79	34
Ukraine	44	247	23	54	18
EU 25	9.730	10.165	100	128	.
EU 15	9.295	9.295	109	128	100
Deutschland	2.129	1.985	108	122	108
Österreich	224	218	121	130	103
Griechenland	153	196	80	142	78
Portugal	131	175	75	133	75
Spanien	743	867	95	140	86
USA	9.660	10.018	154	147	98
Japan	3.807	3.243	114	119	117

Q: Eurostat, wiiw. – ¹⁾ 1989 = 100, da für Polen 1989 das adäquate Bezugsjahr ist.

In Serbien und Montenegro gab das Wachstum 2003 deutlich nach (von +3,8% auf +2%), Industrieproduktion und Exporte gingen sogar zurück. Im Gegensatz dazu scheint in Mazedonien die Stagnation überwunden: Die Wirtschaft wuchs 2003 um 3,1% (nach +0,9% 2002), die Industrie steigerte ihre Produktion erstmals seit 2000. Die Wirtschaftsentwicklung ist in diesen Ländern allerdings nach wie vor von politischen Turbulenzen und internen Konflikten geprägt.

In Russland und der Ukraine wächst die Wirtschaft kräftig, vor allem dank der hohen Weltmarktpreise für ihre Hauptexportprodukte: Erdöl im Fall Russlands und Metallprodukte im Fall der Ukraine. Die ukrainische Wirtschaft profitierte zudem vom russischen

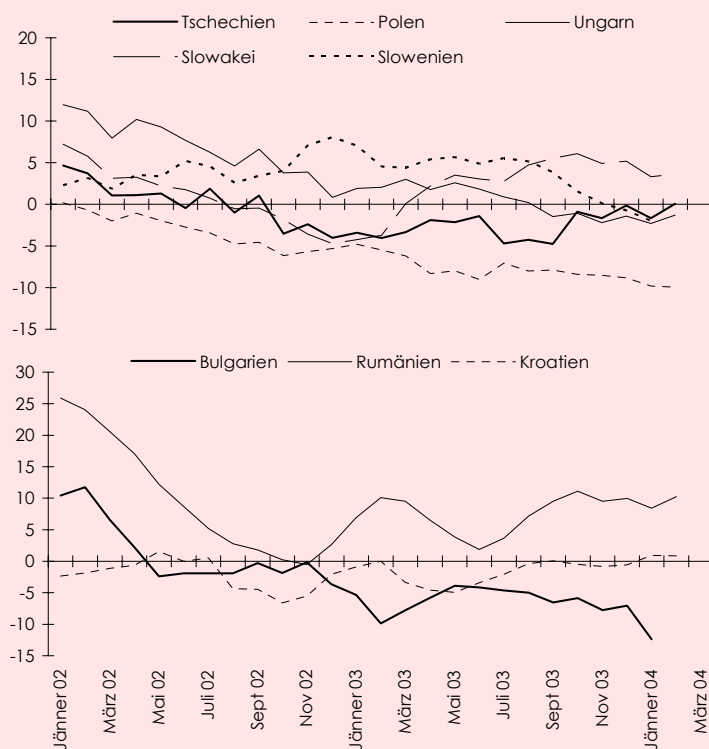
²⁾ Kroatien erwartet, den offiziellen Status eines EU-Beitrittslandes im Juni 2004 zu erhalten.

Aufschwung über die noch immer sehr engen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern.

Insgesamt erwies sich die Dynamik in Russland als Wachstumsmotor für die anderen GUS-Länder; einige von ihnen (z. B. Armenien und Aserbaidschan) verzeichneten sogar zweistellige Steigerungsraten. Allerdings beruhen diese Überwiegend auf einer Verbesserung der Kapazitätsauslastung, die infolge der langjährigen Rezession Anfang der neunziger Jahre sehr gering war. Die Investitionsquote ist allgemein gering und müsste wesentlich gesteigert werden, um eine Fortsetzung des Wachstums in den kommenden Jahren zu erlauben. Die Transformationsrezession ist in diesen Ländern bei weitem nicht überwunden: In der Ukraine etwa lag das BIP 2003 nur bei 54% des Niveaus von 1990 (Übersicht 3).

Abbildung 3: Lohnstückkosten in der Industrie

Veränderung gegen das Vorjahr in %, gleitender Dreimonatsdurchschnitt



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

In den meisten MOEL war das Wachstum vor allem vom privaten Konsum getrieben (Übersicht 4). Dies erklärt, warum die MOEL trotz der Konjunkturschwäche in der EU relativ gut abschnitten. Die Zunahme der Konsumausgaben war allerdings in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Faktoren zuzuschreiben: In Russland und der Ukraine stiegen die Löhne kräftig, in Polen wurden Unternehmensgewinne zunehmend für Konsumzwecke verwendet. In Ungarn stützten hohe Bausubventionen die Konsumnachfrage, in Bulgarien und Rumänien eine stark expandierende Kreditvergabe.

Entgegen dem allgemeinen Trend wurde der private Konsum in der Slowakei eingeschränkt, weil die Realeinkommen der Haushalte durch die Beschleunigung der Inflation (Anhebung regulierter Preise und indirekter Steuern) beeinträchtigt wurden. Die slowakische Wirtschaft expandierte ausschließlich aufgrund der Ausweitung der Nettoexporte (vor allem dank der boomenden Autoindustrie). In Polen und Russland war der Beitrag der Außenwirtschaft zum BIP-Wachstum ebenfalls positiv, während die Nettoexporte sich in den anderen Ländern verringerten. Nur in Polen und der Slowakei war der Beitrag der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP-Wachstum negativ.

Privater Konsum als Wachstumsmotor

Übersicht 4: Beiträge zum BIP-Wachstum

Verwendungsseite

	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	In Prozentpunkten							
	Tschechien				Ungarn			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,3	+ 4,2	+ 6,5	+ 4,6
Private Haushalte	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,9	+ 5,4	+ 4,2
Staat	- 0,1	+ 0,9	+ 1,1	± 0,0	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,4
Bruttoinvestitionen	+ 3,1	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,7	- 2,3	- 1,0	+ 1,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,7
Außenbeitrag	- 1,0	- 2,3	- 1,7	- 1,6	+ 0,2	+ 1,9	- 2,0	- 2,8
Exporte (Waren und Dienstleistungen)	+ 12,3	+ 9,7	+ 2,4	+ 5,9	+ 13,5	+ 5,8	+ 2,9	+ 5,6
Importe (Waren und Dienstleistungen)	+ 13,3	+ 12,0	+ 4,2	+ 7,5	+ 13,3	+ 3,9	+ 4,9	+ 8,3
Statistische Differenz	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0
BIP Veränderung gegen das Vorjahr in %, real	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,9	+ 5,2	+ 3,8	+ 3,5	+ 2,9
	Polen				Slowakei			
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,1	- 0,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 0,4
Private Haushalte	+ 1,7	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,0	- 0,5	+ 2,6	+ 2,8	- 0,3
Staat	.	.	.	.	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7
Bruttoinvestitionen	+ 1,0	- 3,1	- 1,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 0,6	- 2,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,7	- 2,1	- 1,2	- 0,2	- 2,0	+ 3,6	- 0,3	- 0,3
Außenbeitrag	+ 1,0	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,9	- 3,7	± 0,0	+ 6,4
Exporte (Waren und Dienstleistungen)	+ 5,8	+ 0,9	+ 1,4	.	+ 9,4	+ 4,8	+ 4,3	+ 17,8
Importe (Waren und Dienstleistungen)	+ 4,8	- 1,8	+ 0,8	.	+ 7,4	+ 8,4	+ 4,3	+ 11,4
Statistische Differenz	± 0	+ 0,1	± 0	.	± 0	± 0	- 0,1	+ 0,2
BIP Veränderung gegen das Vorjahr in %, real	+ 4,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,7	+ 2,0	+ 3,8	+ 4,4	+ 4,2
	Slowenien				Bulgarien			
Konsumausgaben insgesamt	.	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,3	+ 5,0	+ 3,9	+ 3,1	+ 5,7
Private Haushalte	.	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,9	+ 5,2
Staat	.	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5
Bruttoinvestitionen	.	- 1,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,8	+ 1,1	+ 3,3
Bruttoanlageinvestitionen	.	- 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,4	+ 3,9	+ 1,6	+ 2,6
Außenbeitrag	.	+ 1,8	+ 0,8	- 1,8	- 1,9	- 3,5	+ 0,3	- 4,8
Exporte (Waren und Dienstleistungen)	.	+ 3,6	+ 3,8	+ 2,1	+ 7,5	+ 5,0	+ 3,3	+ 4,5
Importe (Waren und Dienstleistungen)	.	+ 1,8	+ 2,9	+ 3,8	+ 9,4	+ 8,5	+ 3,0	+ 9,3
Statistische Differenz	.	± 0	± 0	± 0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1
BIP Veränderung gegen das Vorjahr in %, real	.	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,3	+ 5,4	+ 4,1	+ 4,9	+ 4,3
	Rumänien				Russland			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,3	+ 5,3	+ 2,6	+ 5,8	.	+ 4,2	+ 4,6	+ 4,2
Private Haushalte	- 0,6	+ 4,5	+ 2,2	+ 5,5	.	+ 4,3	+ 4,2	+ 3,9
Staat	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	.	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
Bruttoinvestitionen	+ 3,2	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,9	.	+ 3,1	- 0,5	+ 2,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9	.	+ 1,7	+ 0,5	+ 2,2
Außenbeitrag	- 2,4	- 3,3	+ 0,7	- 3,0	.	- 2,6	+ 0,3	+ 0,5
Exporte (Waren und Dienstleistungen)	+ 6,1	+ 3,8	+ 5,8	+ 4,1	.	+ 1,9	+ 4,2	+ 6,3
Importe (Waren und Dienstleistungen)	+ 8,5	+ 7,0	+ 5,2	+ 7,2	.	+ 4,5	+ 4,0	+ 5,8
Statistische Differenz	± 0	+ 0,2	± 0	+ 0,3	.	+ 0,4	+ 0,3	± 0
BIP Veränderung gegen das Vorjahr in %, real	+ 2,1	+ 5,7	+ 4,9	+ 4,9	.	+ 5,1	+ 4,7	+ 7,3

Q: wiw-Berechnungen basierend auf nationalen Statistiken.

Arbeitslosigkeit weiterhin hoch

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität trug dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit in den MOEL anhaltend hoch war. Solange das Wirtschaftswachstum primär durch die Effizienz- und Produktivitätssteigerung ermöglicht wird, ist der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften gering. Unter den neuen EU-Ländern ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Polen und in der Slowakei besonders schwierig – die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2003 19,5% bzw. 17,4% (Labour-Force-Konzept; Übersicht 1). In beiden Ländern sind vor allem der Osten sowie der ländliche Raum betroffen. Auch in den südosteuropäischen Ländern ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Bulgarien verzeichnete allerdings 2003 einen merklichen Rückgang der Arbeitslosenquote, während sie in Mazedonien auf 36,7% gestiegen ist und die Stabilität dieses Landes gefährden könnte.

Trotz der hohen Arbeitslosenquote in einigen neuen EU-Ländern ist mit einer Abwanderung von Arbeitskräften in die EU 15 kaum zu rechnen: Einerseits mangelt es an Mobilität, andererseits sehen fast alle EU-Länder (außer Großbritannien, Irland und Schweden) für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern eine Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren vor.

Die Wirtschaftsentwicklung der Region war 2003 von einer beträchtlichen Umschichtung der Direktinvestitionsströme begleitet. In die fünf neuen EU-Länder flossen 2003 wesentlich weniger ausländische Direktinvestitionen als in den Jahren zuvor (2000/2002 etwa 20 Mrd. € pro Jahr, 2003 8,9 Mrd. €; Übersicht 5), weil dort einerseits der Privatisierungsprozess weitgehend abgeschlossen ist, andererseits die Produktionskosten (z. B. in Ungarn) rasch steigen. In Ungarn (Übernahme des kroatischen Energiekonzerns INA durch MOL und der zweitgrößten bulgarischen Bank DSK durch die OTP Bank) und Slowenien (zunehmende Investitionen in den früheren jugoslawischen Teilrepubliken) hatte die Verlangsamung der Zuflüsse bei gleichzeitiger Beschleunigung der Abflüsse von Direktinvestitionen sogar einen negativen Saldo zur Folge. Die fortgeschrittenen Transformationsländer können demnach ihre Kompetenz bei der Restrukturierung und Modernisierung zunehmend auch in den weniger entwickelten MOEL einsetzen.

Direktinvestitionen fließen zunehmend in weniger entwickelte MOEL

Die merkliche Umschichtung der internationalen Investitionsströme zugunsten der bislang rückständigen Länder Südosteuropas hatte u. a. zur Folge, dass Ungarn und Slowenien 2003 zu Nettoexporteuren von Direktinvestitionen wurden.

Übersicht 5: Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen

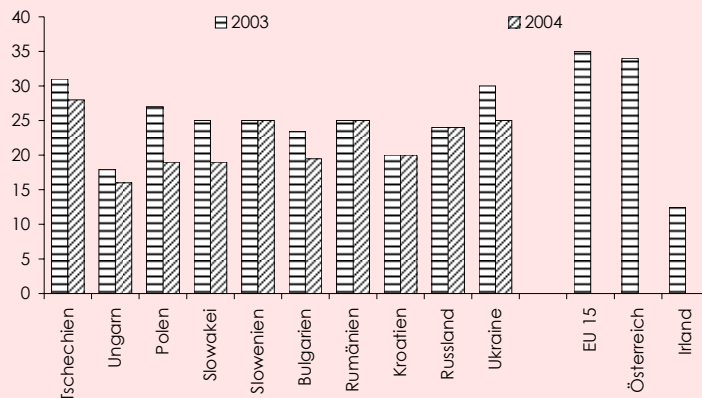
Laut Zahlungsbilanz

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Mio. €									
5 neue EU-Länder	8.826	7.781	9.666	12.785	16.329	20.974	19.234	22.376	8.914	13.800
Tschechien	1.982	1.140	1.152	3.317	5.933	5.404	6.296	9.012	2.289	4.000
Ungarn	3.696	2.625	3.681	2.988	3.106	2.998	4.391	3.026	2.182	3.000
Polen	2.831	3.592	4.343	5.676	6.824	10.334	6.372	4.371	3.756	5.000
Slowakei	200	285	195	609	366	2.089	1.763	4.260	526	1.500
Slowenien	117	138	295	194	99	149	412	1.707	160	300
Bulgarien	70	87	446	478	775	1.103	903	980	1.254	1.500
Rumänien	324	210	1.076	1.805	980	1.147	1.294	1.212	1.381	1.500
Kroatien	88	408	471	831	1.377	1.180	1.743	1.193	1.518	1.000
Mazedonien	7	9	27	114	30	189	493	83	84	100
Serbien und Montenegro	.	.	653	101	105	55	186	502	1.109	1.000
Russland	1.597	1.992	4.303	2.424	3.105	2.933	3.068	3.659	1.012	3.000
Ukraine	204	411	549	658	466	644	884	734	1.261	1.000

Q: Nationalbanken; 2004: Prognose des wiw.

Abbildung 4: Körperschaftsteuersätze

In %



Q: Nationale Finanzministerien.

Im Gegensatz zu den neuen EU-Ländern verzeichneten 2003 vor allem die südosteuropäischen Länder wie Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Serbien-Montenegro einen Anstieg der Direktinvestitionszuflüsse. Teils betreffen sie Privatisierungen, teilweise aber Neugründungen von Klein- und Mittelbetrieben in der Textilindustrie, im Einzelhandel und im Bausektor, insbesondere in Bulgarien und Rumänien. Russland erhielt hingegen sogar weniger Investitionen als früher, nicht zuletzt wegen der staatlichen Angriffe auf "Oligarchen". Russland war auch 2003 Nettoexporteur von Direktinvestitionen.

Übersicht 6: Bestand an ausländischen Direktinvestitionen nach internationaler Vermögensposition

	1995	1996	1997	1998	1999 Mio. €	2000	2001	2002	2003
5 neue EU-Länder	23.068	30.102	41.757	54.105	72.434	93.071	118.057	131.023	136.533
Tschechien	5.741	6.910	8.367	12.255	17.479	23.323	30.717	36.884	37.626
Ungarn	8.817	10.691	16.296	17.771	23.161	24.734	31.375	36.297	37.907
Polen	6.122	9.229	13.206	19.247	25.946	36.792	46.686	45.739	48.000
Slowakei	1.013	1.660	1.888	2.464	3.174	5.112	6.327	8.185	9.000
Slowenien	1.376	1.612	2.000	2.369	2.675	3.110	2.952	3.918	4.000
Bulgarien	273	360	806	1.363	2.392	2.426	3.129	3.530	4.000
Rumänien	642	885	2.128	3.783	5.447	6.966	8.656	8.438	9.200
Kroatien	274	696	1.266	1.622	2.568	3.821	5.336	6.443	9.083
Mazedonien	28	37	63	177	208	397	890	973	1.057
Serbien und Montenegro	.	.	653	753	859	913	1.099	1.600	2.709
Russland	3.214	5.206	9.509	11.933	15.038	27.175	41.843	49.317	52.000
Ukraine	640	1.050	1.599	2.257	2.723	4.164	5.448	5.329	6.000

Q: Nationalbanken. Bulgarien und Kroatien bis 1997, Russland und Ukraine bis 1999 kumulierte Zuflüsse. Polen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Russland und Ukraine: 2003 wiiw-Schätzung.

Da der Privatisierungsprozess in den neuen EU-Ländern weitgehend abgeschlossen ist und sich das Investitionsklima in einigen bisher rückständigen Ländern Ost-Mittel-europas verbessert, verschärft sich der Wettbewerb um Direktinvestitionen. Häufig wird er über den "Steuerwettbewerb" geführt (Abbildung 4). Die Slowakei ist diesen Weg wohl am weitesten gegangen, indem sie ab Jänner 2004 eine "Flat Tax" von 19% für Unternehmensgewinne und Einkommen der natürlichen Personen einführt. Dieser Schritt ist nur ein Teil der umfassenden Reform der staatlichen Finanzen, die die Slowakei für Investoren attraktiver machen soll. In den ersten Monaten 2004 siedelten sich zwei große Autoproduzenten (Hyundai und Peugeot Citroen) an; weitere Investitionen von Zuliefererbetrieben werden in den kommenden Jahren folgen. Kroatien hat für 2006 die Einführung einer einheitlichen Steuer von 20% nach dem slowakischen Muster angekündigt.

Konsolidierung der Staatsfinanzen schwierig

Der Steuerwettbewerb unter den neuen EU-Ländern wird zumindest kurzfristig Steuerausfälle zur Folge haben und somit das häufig bereits große Budgetdefizit weiter erhöhen. Die Situation der öffentlichen Finanzen bleibt in diesen Ländern angespannt (außer in den baltischen Staaten und Slowenien; Übersicht 7). In Tschechien erreichte der Finanzierungssaldo des Staates 2003, berechnet nach der EU-Methode, 12,9% des BIP. Auch in Kroatien und Rumänien ist der Staatshaushalt defizitär, während in Slowenien, Bulgarien und der Ukraine Fiskaldisziplin das Budget weitgehend ausgeglichen hält. Russland verzeichnet seit 2000 einen stabilen Budgetüberschuss; ein im Jänner 2004 eingerichteter Stabilisierungsfonds nimmt die zusätzlichen Staatseinnahmen im Gefolge der guten Rohölkonjunktur auf.

Eine Verringerung der hohen Budgetdefizite entsprechend den Maastricht-Kriterien ist in den meisten neuen EU-Ländern einerseits schwierig und andererseits nicht unbedingt sinnvoll.

Der EU-Beitritt erfordert eine erhebliche Restrukturierung der öffentlichen Finanzen der neuen Mitgliedsländer. Die letzten Zollbarrieren im Handel mit der EU 15 sind am 1. Mai 2004 weggefallen und somit auch die Zolleinnahmen. Andererseits steigen die Einnahmen aus indirekten Steuern im Zuge der Übernahme der EU-Richtlinien weiter: Die Mehrwertsteuersätze werden vereinheitlicht (und dabei meistens angehoben), die Steuern für bestimmte Produkte wie z. B. Alkohol, Tabak und Energie nach oben angepasst. Die neuen EU-Länder profitieren zwar von den Transfers aus dem EU-

Haushalt (z. B. im Rahmen der Kohäsions- und Strukturfonds), doch fließen diese Mittel nur teilweise in die öffentlichen Haushalte. Die Beitragszahlungen an die EU hingegen belasten die nationalen Budgets in vollem Umfang. Zudem erfordert die Finanzierung vieler Projekte durch die EU eine nationale Kofinanzierung. Im Gegensatz etwa zu Russland und der Ukraine, die ihren Staatshaushalt im Wesentlichen durch den Abbau des Sozialstaates nach dem angelsächsischen Muster entlasten, wollen die fortgeschrittenen Transformationsländer Mitteleuropas ihr Sozialsystem nicht schlanker gestalten. Die Staatsausgaben werden deshalb in den neuen EU-Ländern steigen, während die Einnahmen sogar zurückgehen könnten.

Übersicht 7: Konsolidierter Staatshaushalt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
						Prognose
	In % des BIP					
<i>Ausgaben</i>						
Nach EU-Methode						
Tschechien	47,3	50,6	52,0	57,9	50,9	49,2
Ungarn	.	.	.	.	.	.
Polen	42,0	44,8	44,9	45,1	46,8	45,7
Slowakei	59,9	51,5	50,9	52,7	46,1	47,0
Slowenien	.	.	.	.	44,0	44,0
Estland	50,6	45,8	37,9	38,6	42,8	42,2
Lettland	45,2	42,4	44,6	43,3	41,8	40,4
Litauen	39,0	35,7	35,2	35,6	37,4	37,3
Nach nationaler Methode						
Bulgarien	42,4	40,7	39,4	40,9	.	.
Rumänien	35,2	33,4	32,3	32,3	.	.
Kroatien	52,7	51,5	50,0	49,5	.	.
Mazedonien	41,5	40,8	.	.	.	.
Russland	26,8	26,9	31,4	29,7	.	.
Ukraine	28,3	27,2	26,7	28,6	.	.
<i>Finanzierungssaldo</i>						
Nach EU-Methode						
Tschechien	- 4,5	- 6,4	- 6,4	-12,9	- 5,9	- 5,1
Ungarn	- 3,0	- 4,4	- 9,3	- 5,9	- 4,9	- 4,3
Polen	- 1,8	- 3,5	- 3,6	- 4,1	- 6,0	- 4,5
Slowakei	-12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,6	- 4,1	- 3,9
Slowenien	- 3,0	- 2,7	- 1,9	- 1,8	- 1,7	- 1,8
Estland	- 0,3	0,3	1,8	2,6	0,7	0,0
Lettland	- 2,7	- 1,6	- 2,7	- 1,8	- 2,2	- 2,0
Litauen	- 2,6	- 2,1	- 1,4	- 1,7	- 2,8	- 2,6
Nach nationaler Methode						
Bulgarien	- 1,0	- 0,9	- 0,6	0,0	.	.
Rumänien	- 4,0	- 3,3	- 2,6	- 2,3	.	.
Kroatien	- 6,5	- 6,8	- 4,8	- 5,2	.	.
Mazedonien	2,3	- 6,3	.	.	.	.
Russland	1,9	3,0	1,0	1,4	.	.
Ukraine	0,6	- 0,3	0,7	- 0,2	.	.

Q: Nationale Statistiken; 8 neue EU-Länder: Europäische Kommission, "Spring 2004 Economic Forecasts", Brüssel, 2004; Kroatien: IWF.

Unter diesen Rahmenbedingungen werden die neuen EU-Länder mittelfristig dem Maastricht-Kriterium für die Teilnahme an der Währungsunion – einer öffentlichen Neuverschuldung von nicht mehr als 3% des BIP – kaum entsprechen. Es gibt darüber hinaus gute Gründe, an dem Sinn dieses Kriteriums in Bezug auf die neuen EU-Länder zu zweifeln: Wenn die Wirtschaft dieser Länder rascher wächst als in der EU 15 (was sehr realistisch erscheint) und ihre Staatsverschuldung relativ niedrig ist, werden auch höhere Haushaltsdefizite finanzierbar sein.

Stärke des Euro, niedrige Inflation und Produktivitäts- zuwächse verbessern internationale Wettbewerbsfähigkeit

Die Anhebung indirekter Steuern und regulierter Preise im Vorfeld des EU-Beitritts wird in den neuen EU-Ländern inflationsfördernd wirken. Das dürfte eine restriktivere Haltung vor allem der Geldpolitik mit sich bringen.

Die zunehmende Stärke des Euro auf den internationalen Finanzmärkten ging u. a. mit einer nominellen Abwertung der Währungen der meisten MOEL gegenüber dem Euro einher (Abbildung 5). In Tschechien, Polen und Slowenien, die in unterschiedlichem Ausmaß ein "managed floating" betreiben und über höherentwickelte Finanzmärkte verfügen, war die nominelle Abwertung zudem der Lockerung der Geldpolitik zuzuschreiben, die ihrerseits durch die Verlangsamung der Inflation ermöglicht wurde (Abbildung 6). Unter den neuen EU-Ländern weist Tschechien derzeit mit 1% p. a. den mit Abstand niedrigsten Refinanzierungssatz auf – er liegt sogar unter dem der Eurozone. Im Gegensatz dazu wurde der Leitzinssatz in Ungarn schrittweise angehoben, nicht zuletzt, um die negativen Folgen einer expansiven Fiskalpolitik zu konterkarieren; ungeachtet dessen provozierten das expandierende Budget- und Leistungsbilanzdefizit sowie der Versuch der Zentralbank, den Wechselkurs innerhalb der vorgesehenen Bandbreite zu halten, spekulative Attacken auf den ungarischen Forint, was letztendlich dessen Abwertung zur Folge hatte. In Rumänien war die weitere Abwertung eine Folge der immer noch hohen Inflation (2003 15%). Russland und die Ukraine schließlich, deren Exporte überwiegend in Dollar fakturiert werden, betreiben die Politik eines weitgehend konstanten nominellen Wechselkurses zum Dollar, der gegenüber dem Euro im Laufe des Jahres 2003 an Wert verlor.

Nur die slowakische Krone wertete 2003 entgegen dem allgemeinen Trend nominell auf. In Bulgarien, das (wie Estland und Litauen) ein Currency Board hat, ist der nominelle Wechselkurs zum Euro per definitionem konstant.

Gleichzeitig war die Inflation in den meisten MOEL niedrig und weiter rückläufig (Übersicht 1). Gedämpft wurde sie auch durch die Schwäche des Dollars, weil ein beträchtlicher Teil der Importe dieser Länder (mit Ausnahme von Russland) in Dollar abgewickelt wird. Der Inflationssprung in der Slowakei (2003 Inflationsrate 8,5%) resultierte vorwiegend aus der Anhebung der regulierten Preise und indirekten Steuern im Vorfeld des EU-Beitritts und weist somit nicht auf eine Überhitzung der Wirtschaft hin. Selbst in den traditionellen Hochinflationsländern wie Russland und Rumänien verlangsamte sich der Preisauftrieb weiter, ohne dass die Zentralbanken eine restriktive Geldpolitik einsetzen mussten. Die Anhebung indirekter Steuern und regulierter Preise wird aber auch in den anderen neuen EU-Ländern inflationsfördernd wirken, sodass die Geldpolitik (vorübergehend) einen restriktiveren Kurs einschlagen dürfte.

Positive Trends im Außenhandel

Weitere Produktivitätsgewinne, begleitet von der günstigen Wechselkursentwicklung gegenüber dem Euro, ermöglichten in den meisten MOEL eine günstige Außenhandelsentwicklung.

Weitere Produktivitätsgewinne, begleitet von der günstigen Wechselkursentwicklung gegenüber dem Euro (Abbildung 8) ermöglichten in den meisten MOEL (mit Ausnahme von Mazedonien sowie Serbien und Montenegro) eine Steigerung der Exporte (auf Euro-Basis; Übersicht 8), obwohl die Konjunktur in der EU schwach war.

Die Slowakei, die sich zunehmend als einer der führenden Autoproduzenten Europas etabliert, verzeichnete einen Exportboom – und zwar trotz der realen Aufwertung der slowakischen Krone. In den fünf neuen mitteleuropäischen EU-Ländern nahmen die Exporte 2003 neuerlich insgesamt um 8,1% zu, die Importe hingegen um nur 5,5%. Dadurch verbesserte sich die Deckungsquote der Importe durch Exporte weiter auf 88,3%.

In den weniger entwickelten MOEL ist die Deckungsquote in der Regel wesentlich niedriger und meistens rückläufig; das spiegelt einerseits die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit wider, ist andererseits aber auch den steigenden Investitionsgüterimporten zuzuschreiben und somit nicht unbedingt negativ zu interpretieren. Alarmierend ist jedoch die Situation in Kroatien sowie Serbien und Montenegro: Die Deckungsquote sank weiter auf 43% bzw. 34%. Allerdings kompensieren die anderen Komponenten der Leistungsbilanz – Tourismuseinnahmen und Transfers in Kroatien, massive private Überweisungen aus dem Ausland in Serbien und Montenegro – das hohe Handelsbilanzdefizit zumindest teilweise. In der Ukraine und in Russland beträgt die Deckungsquote der Importe über 100% – ein Hinweis auf die ungleiche Einkommensverteilung in diesen Ländern (die Erlöse aus dem Export von Energieträgern und Metallprodukten bleiben in der Regel in den Händen der "Oligarchie", während eine Mittelklasse mit hoher Konsumneigung noch immer weitgehend fehlt).

Abbildung 5: Nominelle Wechselkurse



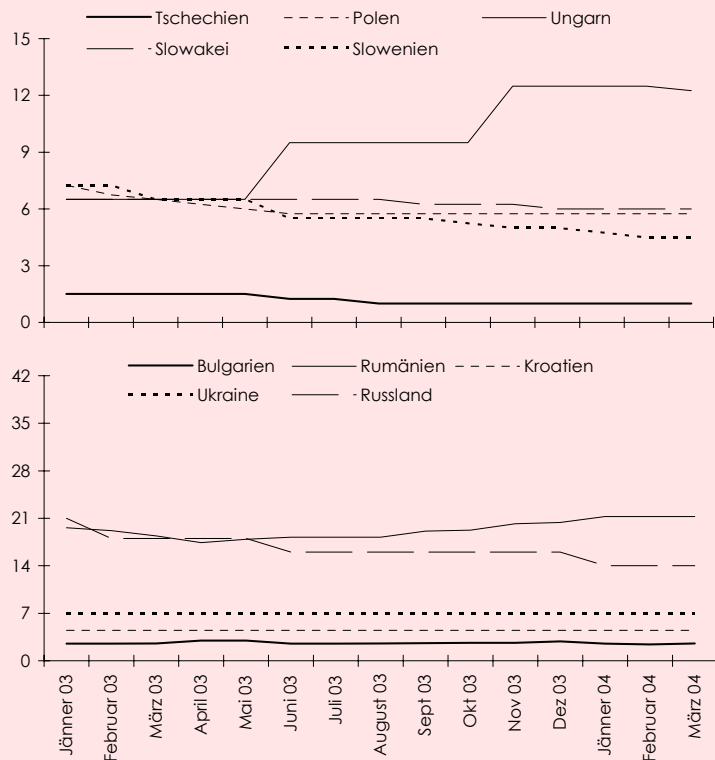
Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Für fast alle MOEL ist die EU 15 der wichtigste Handelspartner (Übersicht 9). Nur für die Ukraine ist der Anteil der EU ähnlich groß wie der Russlands, nicht zuletzt wegen der zahlreichen Barrieren im Handel mit der EU. Während in den neuen EU-Ländern der Anteil der EU 15 am Export schon seit Jahren stabil bzw. sogar leicht gesunken ist (z. B. in Slowenien), wächst die Bedeutung der EU auf der Exportseite für die meisten Balkanländer weiter. Gleichzeitig ist in einigen neuen EU-Ländern (Tschechien, Ungarn und Polen) eine Diversifizierung der Importe zu beobachten: Der Anteil der EU 15 als Importquelle für diese Länder erreichte seinen Höchstwert in den Jahren

1998/99 und geht seither allmählich zurück. Diese Entwicklung ist mit der Energiever-
teuerung und der Verlangsamung der Zuflüsse von Direktinvestitionen zu erklären,
die einen beträchtlichen Teil der Investitionsgüterimporte aus der EU mit sich brach-
ten.

Abbildung 6: Leitzinssätze der Nationalbanken

Nominell, in % p. a.



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Schwache außen- wirtschaftliche Position Hindernis für Teil- nahme an der Währungsunion

Bei einer voreiligen Über-
nahme der gemeinsamen
Währung kann die Anglei-
chung des Preisniveaus zwi-
schen den alten und neuen
EU-Ländern nur über die hö-
here Inflation in den neuen
EU-Ländern erfolgen, wie sie
mit dem Maastricht-Kriterium
nicht vereinbar ist.

Trotz der in vielen Fällen günstigen Außenhandelsentwicklung bleibt die Außenposi-
tion der meisten MOEL äußerst fragil (Übersicht 1). Der Leistungsbilanzsaldo der acht
neuen EU-Länder veränderte sich 2003 im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr
kaum und lag bei -4,3% des BIP. Dabei war in Polen und insbesondere in der Slowa-
kei aufgrund der Exportsteigerung eine Verbesserung zu beobachten, während das
Defizit in Tschechien und vor allem in Ungarn weiter zunahm. In Tschechien, das mitt-
lerweile unter den MOEL den höchsten Bestand an ausländischen Direktinvestitionen
pro Kopf aufweist, wird die Zahlungsbilanz zunehmend durch die Transfers von Un-
ternehmensgewinnen belastet, während in Ungarn infolge der expansiven Fiskalpoli-
tik die Importe kräftig ausgeweitet wurden. Das Leistungsbilanzdefizit der baltischen
Staaten ist besonders hoch (Estland 13,7% des BIP); die Auslandsverschuldung be-
steht allerdings zu einem beträchtlichen Teil in Verbindlichkeiten der baltischen Fila-
lien schwedischer und finnischer Banken und birgt damit keine unmittelbare Gefahr.
Unter den neuen EU-Ländern konnte nur Slowenien ein nennenswertes Leistungs-
bilanzdefizit dauerhaft vermeiden, und zwar durch eine Politik des konstanten realen
Wechselkurses.

Das Leistungsbilanzdefizit der südosteuropäischen Länder ist ebenfalls sehr hoch. In
Bulgarien und Rumänien hat es sich 2003 fast verdoppelt, doch war dies eine Folge
des hohen Wachstums, und das Passivum wird zunehmend durch Direktinvestitions-
zuflüsse gedeckt. Nur in Kroatien, dessen Leistungsbilanzdefizit seit Jahren gravierend
ist und dessen Auslandsverschuldung bereits 80% des BIP überschritten hat, gewinnt
die Gefahr einer Verschuldungskrise an Wahrscheinlichkeit.

Übersicht 8: Außenhandel

Laut Zollstatistik

		2000	2001	2002	2003	2002	2003
				Mio. €		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
5 neue EU-Länder	Exporte	118.795	136.172	146.870	158.806	+ 7,9	+ 8,1
	Importe	147.709	162.385	170.368	179.813	+ 4,9	+ 5,5
	Exporte in % der Importe	80,4	83,9	86,2	88,3		
Tschechien	Exporte	31.483	37.251	40.711	43.066	+ 9,3	+ 5,8
	Importe	34.876	40.675	43.026	45.302	+ 5,8	+ 5,3
	Exporte in % der Importe	90,3	91,6	94,6	95,1		
Ungarn	Exporte	30.545	34.082	36.523	37.587	+ 7,2	+ 2,9
	Importe	34.856	37.654	39.939	42.061	+ 6,1	+ 5,3
	Exporte in % der Importe	87,6	90,5	91,4	89,4		
Polen	Exporte	34.383	40.375	43.400	47.511	+ 7,5	+ 9,5
	Importe	53.122	56.223	58.307	60.288	+ 3,7	+ 3,4
	Exporte in % der Importe	64,7	71,8	74,4	78,8		
Slowakei	Exporte	12.880	14.115	15.270	19.354	+ 8,2	+ 26,7
	Importe	13.860	16.488	17.517	19.923	+ 6,2	+ 13,7
	Exporte in % der Importe	92,9	85,6	87,2	97,1		
Slowenien	Exporte	9.505	10.349	10.966	11.288	+ 6,0	+ 2,9
	Importe	10.996	11.345	11.578	12.239	+ 2,0	+ 5,7
	Exporte in % der Importe	86,4	91,2	94,7	92,2		
Bulgarien	Exporte	5.253	5.714	6.063	6.663	+ 6,1	+ 9,9
	Importe	7.085	8.128	8.411	9.601	+ 3,5	+ 14,1
	Exporte in % der Importe	74,1	70,3	72,1	69,4		
Rumänien	Exporte	11.273	12.722	14.675	15.614	+ 15,4	+ 6,4
	Importe	14.235	17.383	18.881	21.201	+ 8,6	+ 12,3
	Exporte in % der Importe	79,2	73,2	77,7	73,6		
Kroatien	Exporte	4.818	5.210	5.187	5.449	- 0,4	+ 5,0
	Importe	8.588	10.232	11.325	12.538	+ 10,7	+ 10,7
	Exporte in % der Importe	56,1	50,9	45,8	43,5		
Mazedonien	Exporte	1.431	1.292	1.181	1.205	- 8,6	+ 2,1
	Importe	2.266	1.891	2.111	2.034	+ 11,7	- 3,7
	Exporte in % der Importe	63,2	68,3	55,9	59,3		
Serbien und Montenegro	Exporte	1.808	2.097	2.399	2.242	+ 14,4	- 6,5
	Importe	3.892	5.391	6.647	6.604	+ 23,3	- 0,7
	Exporte in % der Importe	46,5	38,9	36,1	34,0		
Russland ¹⁾	Exporte	113.672	113.748	113.558	119.730	- 0,2	+ 5,4
	Importe	48.552	60.025	64.521	66.688	+ 7,5	+ 3,4
	Exporte in % der Importe	234,1	189,5	176,0	179,5		
Ukraine	Exporte	15.771	18.159	19.004	20.409	+ 4,7	+ 7,4
	Importe	15.104	17.612	17.967	20.356	+ 2,0	+ 13,3
	Exporte in % der Importe	104,4	103,1	105,8	100,3		

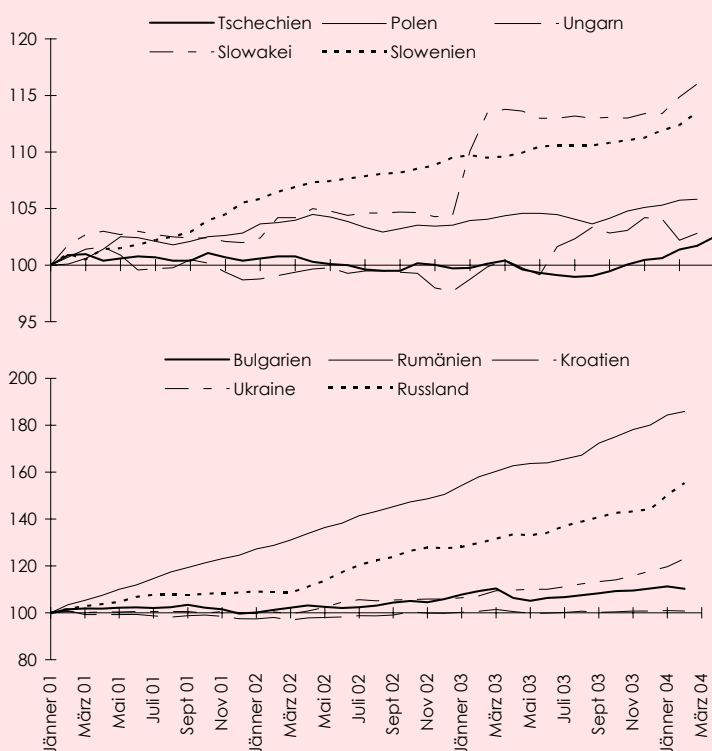
Q: Nationale Statistiken; 2003: vorläufige Zahlen. – ¹⁾ Einschließlich Schätzung des nicht registrierten Handels.

Nur Russland und die Ukraine erwirtschaften unter den hier betrachteten Ländern seit Jahren hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Sie können so die bestehenden Auslandschulden rechtzeitig (oder sogar früher) tilgen und sind nicht auf zusätzliche Kredite angewiesen. Trotz der voranschreitenden Reformen und der leichten Verbesserung des Investitionsklimas bleiben diese immer noch sehr armen Länder aber Nettoexporteure von Kapital.

Auch wenn die externen Ungleichgewichte in den neuen EU-Ländern nicht zu größeren Krisen führen sollten, können sie sich als wesentliches Hindernis für die Ambitionen einer möglichst raschen Teilnahme am Europäischen Wechselkursmechanismus II der drei baltischen Staaten und Sloweniens erweisen. Die baltischen Länder weisen aber ein hohes und steigendes Leistungsbilanzdefizit auf, sodass die Verpflichtung zum konstanten Wechselkurs mit einer wesentlichen Gefahr von Misalignment verbunden ist. Auch für Slowenien, dessen Währung bislang stets nominell abgewertet hat, wird eine De-facto-Wechselkursfixierung einen Schock bedeuten. Darüber hinaus sind aufgrund der immer noch erheblichen Strukturunterschiede zwischen den alten und den neuen EU-Ländern asymmetrische externe Schocks möglich, die eine nominelle Wechselkursanpassung erfordern würden, um größere Produktions- und Beschäftigungseinbußen zu vermeiden. Ohne Möglichkeit, auf den Wechselkurs als wirtschaftspolitisches Instrument zurückzugreifen, wären diese Länder im Falle solcher Schocks auf Transfers aus dem EU-Haushalt angewiesen.

Abbildung 7: Produzentenpreisindex

Veränderung gegenüber Jänner 2001 in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Übersicht 9: Außenhandel mit der EU 15

Laut Zollstatistik

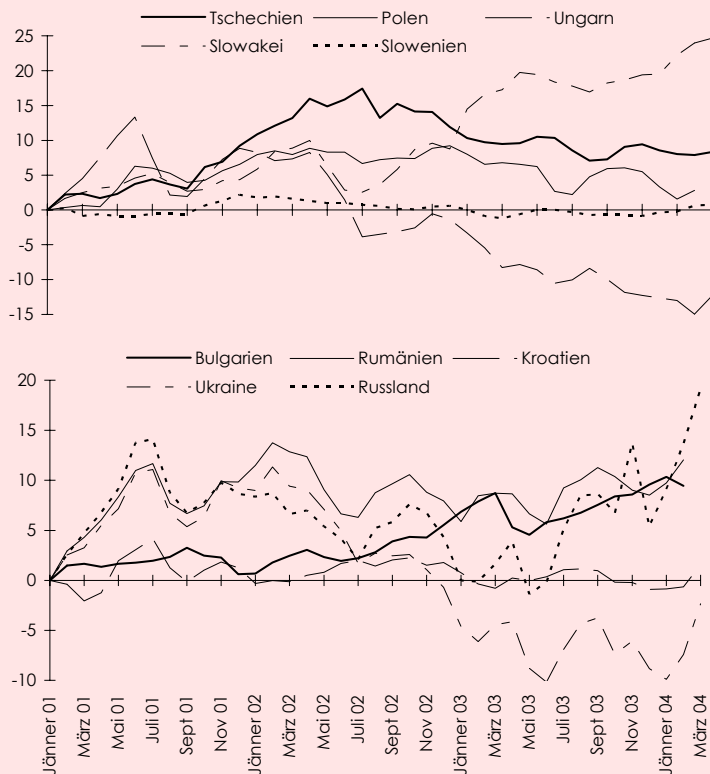
	1995	1999	2000	2001	2002	2003
	Exportanteil der EU 15 in %					
Tschechien	60,5	69,2	68,6	68,9	68,4	69,8
Ungarn ¹⁾	62,7	76,2	75,1	74,3	75,1	73,6
Polen	70,0	70,5	69,9	69,2	68,7	68,8
Slowakei ²⁾	37,4	59,4	59,0	59,9	60,6	60,6
Slowenien	67,0	66,0	63,8	62,1	59,4	58,4
Bulgarien ³⁾	37,7	52,0	51,1	54,8	55,7	56,6
Rumänien	54,2	65,5	63,8	67,8	67,1	67,7
Kroatien ⁴⁾	57,6	48,7	54,4	54,1	52,9	54,6
Mazedonien	33,9	45,3	42,8	48,9	51,1	54,7
Serbien und Montenegro ⁵⁾	.	36,3	38,7	42,8	40,9	43,2
Russland ⁶⁾	33,6	34,1	35,8	36,7	35,4	35,2
Ukraine	10,7	18,3	17,8	18,3	17,8	19,8
	Importanteil der EU 15 in %					
Tschechien	61,0	64,2	62,0	61,8	60,2	59,2
Ungarn ¹⁾	61,5	64,4	58,4	57,8	56,3	55,0
Polen	64,6	64,9	61,2	61,4	61,7	61,1
Slowakei ²⁾	34,8	51,7	48,9	49,8	50,3	51,4
Slowenien	68,8	68,9	67,8	67,6	68,0	67,3
Bulgarien ³⁾	37,2	48,4	44,0	49,4	50,3	49,5
Rumänien	50,5	60,7	56,6	57,3	58,4	57,7
Kroatien ⁴⁾	62,1	56,5	55,4	57,1	55,8	56,5
Mazedonien	40,1	40,7	38,2	42,5	44,9	43,7
Serbien und Montenegro ⁵⁾	.	41,4	41,4	41,1	42,6	43,0
Russland ⁶⁾	38,3	36,9	32,9	36,9	39,7	38,2
Ukraine	14,9	20,2	20,6	21,7	23,8	25,2

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen. – ¹⁾ Seit 1997 einschließlich Handel von Unternehmen mit Freihandelsstatus. – ²⁾ Ab 1998 neue Erhebungsmethode. – ³⁾ Ab 1999 neue Erhebungsmethode. – ⁴⁾ Ab 2000 neue Erhebungsmethode. – ⁵⁾ Seit 1999 ohne Kosovo und Metohia. – ⁶⁾ Nur registrierter Handel.

Langfristig ist die Wechselkursfixierung mit einem weiteren Problem verbunden: Das Preisniveau ist in den neuen EU-Ländern wesentlich niedriger als in der EU 15 (Übersicht 3). Die reale Konvergenz wird allmählich auch eine Angleichung des Preisniveaus (eine reale Aufwertung der Währungen der neuen EU-Länder gegenüber dem Euro) mit sich bringen. Bei einem fixen nominellen Wechselkurs kann die reale Aufwertung nur über eine Inflation erfolgen, die höher ist als in der EU 15 und damit dem Maastricht-Kriterium widerspricht.

Abbildung 8: Reale Wechselkurse

Veränderung gegenüber Jänner 2001 in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. – Positive Werte: reale Aufwertung, d. h. Verringerung des Abstands gegenüber den Produzentenpreisen der EU.

Die langsame Konjunkturbelebung in der EU 15 wird eine Ausweitung der Nachfrage nach Produkten aus den neuen EU-Ländern mit sich bringen, die zudem allmählich an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Eine zusätzliche Stütze des Wachstums wird eine Zunahme der Investitionstätigkeit etwa in Polen und Tschechien sein. Nur in Lettland und Litauen ist mit einer leichten Verlangsamung des derzeit sehr hohen Wachstums zu rechnen. Für die acht neuen EU-Länder insgesamt prognostiziert das wiw eine Wachstumsbeschleunigung auf +4,2% 2004 und +4,4% 2005. Dieser weitere Aufholprozess bewirkt tendenziell eine (langsame) reale Konvergenz.

Für Bulgarien und Rumänien sind die Aussichten ebenfalls günstig, nicht zuletzt wegen ihrer klaren Perspektive eines EU-Beitritts. Diese Länder könnten künftig zusätzliche Direktinvestitionen anziehen, weil Produktionsstandorte in jenen MOEL, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind, immer teurer werden dürften. In Kroatien wird sich das Wirtschaftswachstum jedoch unter dem Druck der hohen Auslandsverschuldung verlangsamen.

Serbien und Montenegro sowie Mazedonien stehen vor allem vor der Aufgabe, das Erbe vergangener Konflikte zu überwinden. In Russland und der Ukraine hängen die Wachstumschancen davon ab, ob die hohen Leistungsbilanzüberschüsse im Inland in technologisch fortgeschrittene Branchen und den Dienstleistungssektor investiert werden, was ein günstiges Investitionsklima voraussetzt. Kurzfristig bleibt die ökonomi-

Ausblick

sche Situation in Russland (und indirekt auch in der Ukraine) stark von der Entwicklung der Energiepreise auf dem Weltmarkt geprägt.

Übersicht 10: Auslandsposition und Leistungsbilanz

	Bruttoauslandsverschuldung ¹⁾		Währungsreserven der Nationalbank ²⁾		Leistungsbilanz			
	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2004	2005
	Jahresendstand				Mrd. €			
Tschechien	25,7	27,6	22,6	21,3	- 4,4	- 4,9	- 5,2	- 5,7
Ungarn	38,4	44,1	9,9	10,1	- 4,9	- 6,5	- 6,5	- 6,3
Polen	80,9	82,3	27,4	25,8	- 5,4	- 3,7	- 4,8	- 6,0
Slowakei	12,7	14,7	8,8	9,7	- 2,1	- 0,2	- 0,5	- 0,8
Slowenien	11,5	13,0	6,7	6,8	0,3	0,0	0,1	- 0,1
Bulgarien	10,8	10,4	4,2	5,0	- 0,9	- 1,5	- 1,4	- 1,3
Rumänien	14,6	15,3	5,9	6,4	- 1,6	- 2,9	- 3,5	- 3,5
Kroatien	14,8	18,9	5,7	6,6	- 2,0	- 1,8	- 1,5	- 1,4
Mazedonien	1,5	1,6	0,7	0,8	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Serbien und Montenegro	11,4	9,6	2,1	2,7	- 1,8	- 1,7	- 2,0	- 2,0
Russland	147,1	145,6	42,3	58,5	31,2	34,6	30,0	25,0
Ukraine	9,8	12,2	4,1	5,4	3,4	2,6	2,4	1,8

Q: Nationale Statistiken; 2003: vorläufige Zahlen, 2004 und 2005: Prognose des wiw. – ¹⁾ Mazedonien: mittel- und langfristige Verschuldung. – ²⁾ Ohne Gold; Währungsreserven, Sonderziehungsrechte und Reserverposition gegenüber dem IWF; Tschechien, Slowakei und Russland: einschließlich Gold; Ungarn: Gesamtreserven.

Kurze Länderberichte

Tschechien

Die Abwertung der tschechischen Krone und weitere Produktivitätsgewinne in der Industrie hatten eine Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und eine Wachstumsbeschleunigung auf 2,9% zur Folge. Sowohl die Handelsbilanz als auch die Exportstruktur verbesserten sich weiter. Dennoch blieb die Leistungsbilanz stark defizitär, vor allem wegen des hohen Defizits in der Einkommensbilanz. Trotz der niedrigen Zinssätze stagnierten die Verbraucherpreise 2003 nahezu, und die Produzentenpreise waren sogar rückläufig. Dennoch verteuerten sich Dienstleistungen erheblich. 2004 ist wegen der Harmonisierung der regulierten Preise und indirekten Steuern vor dem EU-Beitritt mit einer Beschleunigung des Preisauftriebs zu rechnen.

Ungarn

In Ungarn hatte die seit Mitte 2001 populistische Wirtschaftspolitik 2003 eine gefährliche Vertiefung der makroökonomischen Ungleichgewichte zur Folge. Die expansive, vor allem auf die Stimulierung des privaten Konsums ausgerichtete Fiskalpolitik schlug sich einerseits in einer erheblichen Ausweitung des Budgetdefizits und andererseits in einer weiteren Verschlechterung des Leistungsbilanzdefizits (auf 8,9% des BIP) nieder, während die Bilanz der Direktinvestitionen erstmals negativ ausfiel. Spekulative Attacken auf den Forint Ende November 2003 zwangen die Zentralbank, die bereits hohen Zinssätze weiter anzuheben (auf 12,5% p. a.). Dennoch blieb der Wechselkurs sehr volatil und wertete leicht ab.

Der reale Sektor litt darunter zumindest kurzfristig nicht dramatisch. Der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen kann allerdings längerfristig problematisch werden. Das Wachstum verlangsamte sich 2003 nur leicht, und 2004 ist mit einer Rate von +3,5% zu rechnen. Eine möglichst rasche Teilnahme an der Währungsunion wurde aber infolge der Finanzturbulenzen weniger wahrscheinlich, nicht zuletzt weil die Konsolidierung der hohen öffentlichen Defizite schwierig sein wird.

Polen

Die kräftige Steigerung der Arbeitsproduktivität in der polnischen Industrie und die Abwertung des Zloty gegenüber dem Euro um 15% infolge der Politik der planmäßigen Zinssenkung hatten 2003 eine markante Expansion der Exporte und eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 3,7% zur Folge; für 2004 wird eine reale BIP-Zunahme von 4,5% erwartet. Die dynamische Entwicklung trug jedoch nicht zum Abbau der sehr hohen Arbeitslosigkeit bei, in der Industrie wurde die Beschäftigung sogar weiter abgebaut. Außerdem stiegen die Löhne nur mäßig, sodass vor allem die Unternehmen vom Aufschwung profitieren. Der EU-Beitritt dürfte nur geringe

Auswirkungen auf den Handel mit der EU 15 haben. Der (insbesondere informelle) Handel mit den östlichen Nachbarstaaten Ukraine und Weißrussland, mit denen Polen eine lange Grenze hat, kann aber durch das kürzlich eingeführte strengere Visumregime gefährdet sein, und erste Beobachtungen bestätigen dies. Die östlichen Gebiete Polens, die weitgehend auf diesen Handel angewiesen sind und in denen die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, können dadurch weiter verlieren. Obwohl die Schwäche des Zloty weiterhin exportfördernd wirken wird, sind aufgrund der niedrigen Investitionen der letzten Jahre angebotsseitige Engpässe möglich. 2004 dürfte sich die Investitionstätigkeit allerdings merklich beleben. Trotz eines Rückgangs der Lohnstückkosten in der Industrie hat Polen im Wettbewerb um die Direktinvestitionen der Autoproduzenten Hyundai und Peugeot Citroen gegenüber der Slowakei verloren, deren Lohnstückkosten noch niedriger sind.

Dank der starken Expansion der Exporte wuchs die Wirtschaft der Slowakei 2003 um 4,2%, begleitet von einer beträchtlichen Verbesserung der Leistungsbilanz und einer leichten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Die regionalen Disparitäten sind allerdings zum Teil sogar gestiegen. Die Inflation beschleunigte sich auf 8,5%; dies war aber weitgehend die Folge einer durch den kommenden EU-Beitritt bedingten Anhebung der staatlich regulierten Tarife für Energie, Wasser und öffentlichen Verkehr Anfang 2003 und der Erhöhung der indirekten Steuern auf Benzin, Tabak und Alkohol im August.

Im Rahmen einer Steuerreform wurde mit Jänner 2004 eine "Flat Tax" von 19% für alle Einkommensarten eingeführt. Auch die Mehrwertsteuer wurde vereinheitlicht und beträgt jetzt ebenfalls 19%. Der Arbeitsmarkt wird im Zuge der Übernahme des Acquis weiter liberalisiert. Die Regierung schafft so ein unternehmens- und investorenfreundliches Klima. Trotz der Nachfrageschwäche in der EU boomt der Export; 30% der Ausfuhr machen allerdings die in Bratislava produzierten VW-Autos aus.

2004 werden die Exporte weiter die treibende Kraft der Wirtschaft sein, während mit einer deutlichen Belebung der heimischen Nachfrage vor 2005 nicht zu rechnen ist. Ähnlich wie in Tschechien werden die aus Direktinvestitionen der Vergangenheit resultierenden Gewinne tendenziell zur Verschlechterung der slowakischen Leistungsbilanz beitragen.

Anders als Tschechien, Polen und die Slowakei konnte Slowenien 2003 die Schwäche der EU-Konjunktur kaum durch eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kompensieren, die Industrieproduktion stagnierte nahezu. Die Exporte in die EU entwickelten sich ebenfalls mäßig, die Handelsbilanz verschlechterte sich, und das Wachstum erreichte nur 2,3%. Sowohl der Staatshaushalt als auch die Leistungsbilanz blieben aber weitgehend ausgeglichen. 2004 ist eine Wachstumsbeschleunigung auf etwa 3,5% zu erwarten. Slowenien will dem Europäischen Wechselkursmechanismus II bereits Ende 2004 beitreten und voraussichtlich ab 2007 an der Währungsunion teilnehmen. Um dies zu ermöglichen, muss allerdings zumindest die Abwertungs- und Inflationsspirale, die für die Entwicklung des Landes in den letzten Jahren charakteristisch war, gestoppt werden. Zu diesem Zweck setzte die Regierung u. a. Obergrenzen für den Anstieg der regulierten Preise 2004 und 2005. Nach offiziellen Prognosen erreicht die Inflationsrate Ende 2004 3,6% und Ende 2005 2,9% (2003 4,6%).

Bulgariens Wirtschaft wuchs 2003 um 4,3%, die Arbeitslosigkeit verringerte sich merklich. Dies ging vor allem auf die kräftige Expansion der Industrieproduktion (+15,3%) zurück. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zogen ausländische Direktinvestitionen an, die wesentlich zur Restrukturierung und Modernisierung der bulgarischen Wirtschaft beitrugen. Der Tourismus und die damit verbundene Bautätigkeit expandierten lebhaft. Auch das Bankensystem, das bereits überwiegend in ausländischem Besitz ist, gewinnt an Dynamik, das Kreditvolumen vor allem an Haushalte wurde stark ausgeweitet. Allerdings haben sich die Handels- und die Leistungsbilanz erheblich verschlechtert (Leistungsbilanz: von -5,6% auf -8,5% des BIP). Dies war ausschließlich auf den privaten Sektor zurückzuführen, denn der Staatshaushalt war weiterhin ausgeglichen, um die Wechselkursbindung an den Euro im Rahmen des Currency Board zu halten. Gleichzeitig wird das hohe Leistungsbilanzdefizit fast ganz durch die Direktinvestitionszuflüsse gedeckt.

Slowakei

Slowenien

Bulgarien

Rumänien

Wie im Jahr zuvor wuchs die rumänische Wirtschaft 2003 um 4,9%, vor allem dank der Expansion der heimischen Nachfrage, die durch die aktive Kreditvergabe der Banken stimuliert wurde. Dies brachte jedoch auch eine Verschlechterung der externen Position mit sich. Gleichzeitig stiegen die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen, die Exportstruktur verbesserte sich: Maschinen und Fahrzeuge machen bereits 22% der rumänischen Exporte aus. Die Inflationsrate war 2003 um 7 Prozentpunkte niedriger als im Jahr zuvor, ist aber mit 15,3% immer noch hoch. Für 2004 prognostiziert das Wiw eine Inflationsrate von 11%. Eine Fortsetzung des seit Ende 2003 restriktiveren Kurses der Wirtschaftspolitik ist angesichts der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2004 ungewiss. Wie Bulgarien will Rumänien die Beitrittsverhandlungen mit der EU Ende 2004 abschließen und hofft auf einen EU-Beitritt bereits 2007. Die verbreitete Korruption und die schleppende Umsetzung des Acquis könnten allerdings diesen Termin gefährden.

Kroatien

Im April 2004 hat die Europäische Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien empfohlen. Eine Entscheidung über den offiziellen Kandidatenstatus soll im Juni fallen. Kroatien will mit Bulgarien und Rumänien bereits 2007 der EU beitreten. Gemessen am Wirtschaftsniveau liegt Kroatien bereits vor Bulgarien und Rumänien. Ein schwerwiegendes Problem bleibt aber die galoppierende (vor allem private) Auslandsverschuldung, die inzwischen 80% des BIP überschritten hat und bei einer Fortsetzung des Trends eine Verschuldungskrise auslösen könnte. Sie ist im Wesentlichen der Politik eines seit Jahren weitgehend konstanten nominellen Wechselkurses gegenüber dem Euro zuzuschreiben, die eine deutliche Überbewertung der kroatischen Kuna zur Folge hatte. Das Preisniveau ist mit 56% des Durchschnitts der EU 15 das zweithöchste unter den MOEL (nach Slowenien) und erscheint durch den Entwicklungsstand des Landes nicht gerechtfertigt.

Mazedonien

Nach zwei Jahren der politischen und ethnischen Instabilität, die das Land an den Rand eines Bürgerkrieges brachte, hat sich die mazedonische Wirtschaft aus der Stagnation erholt und wuchs 2003 um 3,1%, vor allem dank der Ausweitung der Exporte. Dennoch erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 32% auf fast 37% – ein Niveau, das die immer noch zerbrechliche Stabilität gefährden kann. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war u. a. durch eine Kürzung der Staatsausgaben um 10% bedingt. Die Geldpolitik erscheint mittlerweile ebenfalls viel zu restriktiv: Während die Produzentenpreise 2003 leicht rückläufig waren, sind die nominellen Zinssätze immer noch zweistellig. Mazedonien stellte im März 2004 den Antrag auf EU-Beitritt; die Aussichten hängen aber für dieses kleine Land weitgehend von den Entwicklungen in den Nachbarstaaten, insbesondere in Serbien und Montenegro bzw. im Kosovo, ab und sind also mit vielen Risiken behaftet.

Serbien und Montenegro

In Serbien und Montenegro als einzigem der hier untersuchten Länder verlangsamte sich das BIP-Wachstum 2003 merklich (von 3,8% 2002 auf 2%). Wegen der Dürreperiode blieb die Agrarproduktion um 10% unter dem Vorjahresergebnis. Auch die Industrieproduktion sank um 2,7%. Rückläufig waren auch die Exporte und Importe (auf Euro-Basis), das Leistungsbilanzdefizit betrug trotz einer geringfügigen Verbesserung fast 10% des BIP. Obwohl sich die Zuflüsse von Direktinvestitionen 2003 gegenüber dem Vorjahr verdoppelten (insbesondere dank der Privatisierung in der Tabakindustrie), kamen der Privatisierungsprozess und auch die anderen Strukturereformen Ende 2003 nahezu zum Stillstand. Die formale Existenz eines gemeinsamen Staates von Serbien und Montenegro geht vor allem auf die diplomatischen Bemühungen der EU zurück. Tatsächlich funktionieren die beiden Teile weitgehend als voneinander unabhängige Staaten. Auch die Statistiken werden zunehmend getrennt geführt. Nach wie vor sind die wirtschaftlichen Aussichten von Serbien und Montenegro in erster Linie durch die schwierige politische Situation geprägt.

Russland

Russland profitierte 2003 wieder von den hohen Weltmarktpreisen für seine Hauptexportprodukte (Erdöl und Erdgas), das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich auf 7,3% (2002 +4,7%). Das Land ist heute der weltgrößte Erdölproduzent. Die anderen makroökonomischen Kennzahlen sind ebenfalls sehr günstig: Der Staatshaushalt und die Leistungsbilanz erwirtschaften Überschüsse, die Inflation ist weiter gesunken. Um die negativen Auswirkungen der Volatilität der Rohölpreise auf die heimische Wirtschaft zu glätten, wurde Anfang 2004 ein Stabilisierungsfonds in Höhe von 4 Mrd. \$

eingerrichtet. Die Wiederwahl von Präsident Putin im März 2004 erhöhte zudem die Chancen auf politische Stabilität mindestens bis 2008 deutlich. Die mittel- und langfristigen Aussichten Russlands hängen jedoch entscheidend davon ab, ob die Gewinne aus dem Energiegeschäft in andere und vor allem technologisch anspruchsvolle Branchen investiert werden. Obwohl das inländische Investitionsklima sich etwas verbessert hat, ist Russland immer noch ein Nettoexporteur von Direktinvestitionen.

Das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich in der Ukraine 2003 gegenüber dem Vorjahr kräftig (von +5,2% auf +9,4%), insbesondere aufgrund des Anstiegs der Bruttoanlageinvestitionen um 28% (vor allem im Maschinenbau). Für einen zusätzlichen Wachstumsschub sorgte die nominelle und reale Abwertung der ukrainischen Hryvnia gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner (Russland und EU). Das Preisniveau ist mit nur 18% des Durchschnitts der EU 15 weiterhin sehr niedrig. Ähnlich wie in Russland sind die makroökonomischen Kennzahlen sehr gut; die strukturellen und institutionellen Reformen kommen aber nur langsam voran, nicht zuletzt weil keine Aussicht auf einen EU-Beitritt besteht, mit dem die ukrainische Regierung und ein großer Teil der Gesellschaft bislang gerechnet haben. Die Chancen für eine engere wirtschaftliche Kooperation mit Russland sind derzeit wesentlich höher, z. B. im Rahmen des jüngst ratifizierten Abkommens über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Russland, Weißrussland und Kasachstan.

Ukraine

The Converging Pattern of Economic Performance in CEECs – Summary

The economic performance of the CEECs in 2003 was dominated by a clear convergence pattern: On the one hand, growth in the "new" EU countries of Central and Eastern Europe has accelerated, which greatly helped converge their per capita incomes towards those of the EU 15. In all these countries, with the exception of Latvia and Lithuania, real GDP has already surpassed its pre-transformation level. A further boost is expected to come from the gradual recovery in the EU 15 (inducing greater demand for imports from the new EU countries), but also from a rise in domestic investment, especially in Poland and the Czech Republic. Only Latvia and Lithuania, which recorded extremely high growth rates in 2003, are likely to slow down slightly. For the region as a whole, wiiw expects real GDP growth to accelerate from 3.7 percent in 2003 to 4.2 percent in 2004 and 4.4 percent in 2005. However, at least in the short and medium run these countries will face problems in meeting the Maastricht criteria for joining the European Currency Union. Many will find it difficult to reduce their large fiscal deficits, whereas inflation will be fuelled by the upward adjustment of indirect taxes and tariffs in the wake of EU accession, as well as by real-term convergence towards the EU 15.

On the other hand, the Central and Eastern European "laggards", such as Bulgaria, Romania, Russia and Ukraine, have caught up somewhat with their more advanced counterparts. Bulgaria and Romania have finally commenced upon economic restructuring, driven by a surge of FDI inflows – largely at the expense of the new EU countries, some of which (Hungary and Slovenia) have become net FDI exporters. Bulgaria and Romania are likely to attract more FDI in the future, as production costs in the new EU countries will go up. Croatia, however, which has accumulated a very high foreign debt, may face a slowdown in its growth. To safeguard their economic prospects, Serbia and Montenegro as well as Macedonia still have to overcome the legacy of past conflicts. High growth in Russia and Ukraine is primarily due to the strong foreign demand for their major export products: fuels and metals, respectively. However, their prospects greatly depend on their ability to invest high current account surpluses into more advanced branches. This will require further improvements in their domestic business climate. In the short run, these countries will remain vulnerable to the level of the world market prices for energy.